



Pfäffikon, 18. Juni 2021

Verwässerung des Energiegesetzes verhindern

Die SP-Fraktion definiert beim Energiegesetz ihre rote Linie, von der eine Annahme der Vorlage abhängt. Sollte der Kommissionsantrag für eine Reduktion der Fördergelder angenommen werden, fasst sie die Ablehnung ins Auge. Zudem möchte die SP, dass der Kanton die Kosten für die neu zu installierende Fachstelle für Inkassohilfe übernimmt. Ferner fordert sie einer Reduktion der Mindestaufenthaltsdauer bei Einbürgerungen auf zwei Jahre und unterstützt die vorliegende Einzelinitiative vorbehaltlos. Schliesslich stimmt sie dem Jahresbericht 2020 zu und dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Das aktuelle Energiegesetz aus dem Jahr 2009 soll durch die schweizweit angewandten Vorschriften für neue und bestehende Gebäude ergänzt werden. Die SP war ernüchtert über den Gesetzesvorschlag der Regierung, der ein Minimum der Richtlinien umsetzt. In der Folge wurde in der Kommissionberatung hart debattiert. RUVEKO-Mitglied und SP-Kantonsrätin Elsbeth Anderegg Marty (Altendorf) fasst zusammen: «Das kantonale Energiegesetz, das jetzt dem Kantonsrat vorliegt, ist für die SP ein Kompromiss, befindet sich jedoch hart an der Schmerzgrenze. Wenn die regierungsrätlichen Stellungnahmen im Rat Unterstützung erhalten, wird die sie das Gesetz jedoch unterstützen».

Inkassohilfe – Kostenübernahme seitens Kanton ist sozialverträglicher

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat eine Totalrevision des Gesetzes über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen. Neu soll eine Fachstelle für Inkassohilfe bei der Ausgleichskasse Schwyz geschaffen werden und diese Aufgabe auf die Kantonsebene übertragen werden. Die SP begrüsst diesen Vorschlag, setzt sich jedoch dafür ein, dass die Kosten dieser Fachstelle vom Kanton getragen werden. «In den letzten Jahren sind zu viele Kosten vom Kanton auf die Gemeinden abgewälzt worden», hält das zuständige Kommissionsmitglied für Gesundheit und Soziales Kantonsrätin Aurelia Imlig-Auf der Maur (Schwyz) fest. Zudem hat die Kantonssteuer eine gerechtere und sozialere Struktur, weshalb eine Kostenübernahme durch den Kanton legitim ist.

Anpassung bei Einbürgerungen notwendig

Das Bundesgesetz sieht vor, dass der Bund die Einbürgerungsbewilligung nur erteilt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber bei der Gesuchstellung einen Aufenthalt von insgesamt zehn Jahren in der Schweiz nachweist. Zusätzlich zu dieser nationalen Bestimmung muss laut kantonalem Bürgerrechtsgesetz eine Person beim Einreichen des Einbürgerungsgesuchs im Besitz der Niederlassungsbewilligung sein und seit mindestens fünf Jahren einen

Vorbericht

Kantonsratssession vom 23./24. Juni 2021

ununterbrochenen Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde innehaben. «Angesichts der erhöhten Mobilitätsanforderungen der heutigen Arbeitswelt und der sehr langen Aufenthaltsvorschriften des Bundes ist es angezeigt, die kantonale Mindestaufenthaltsdauer auf zwei Jahre festzulegen», sagt SP-Kantonsrat Jonathan Prelicz (Arth-Goldau). „Die aktuell kantonale Regelung ist im interkantonalen Vergleich sehr strikt und erschwert vielen Menschen den Einbürgerungsprozess zusätzlich.« Die SP hofft daher, dass die wichtige Einzelinitiative „Bei Einbürgerungen die Mindestaufenthaltsdauer auf zwei Jahre festlegen“ am kommenden Donnerstag vom Kantonsrat angenommen wird.

Nachhaltige Entwicklung für den Kanton Schwyz

«Wir tun viel zu wenig, um den Kanton Schwyz auf eine nachhaltige Zukunft auszurichten», kritisiert SP-Kantonsrat Leo Camenzind (Ingenbohl-Brunnen) im Rahmen des Jahresberichts 2020. Rechnungsüberschuss und Eigenkapital dürfen nicht bequem und selbstgerecht machen. «Wir dürfen nicht nur auf die Kantonsfinanzen schauen und die Probleme vor uns herschieben», verstärkt Kantonsrat Philip Cavicchiolo die Kritik an der rechtskonservativen Finanz- und Steuerpolitik. Diese Politik dient nicht der Mehrheit der Schwyzerinnen und Schwyzer, das zeigte auch die jüngste Studie der Credit Suisse zum frei verfügbaren Einkommen in der Schweiz. Die SP-Fraktion will den Leistungsabbau korrigieren, der die tiefen und mittleren Einkommen seit Jahren immer stärker belastet. Gleichzeitig sollen die momentanen und künftigen Herausforderungen aktiv angegangen werden, wie beispielsweise das massive Wachstum, das Hinterherhinken bei der Energiewende oder die grossen finanziellen Belastungsunterschiede der Schwyzerinnen und Schwyzer innerhalb unseres Kantons.

SP Kanton Schwyz